

Antrag

**der Abgeordneten Birgit Stöver, Stephan Gamm, Silke Seif, Dr. Anke Frieling,
Prof. Dr. Götz Wiese (CDU) und Fraktion**

Betr.: Informatische Grundbildung in der Schule stärken

Der digitale Wandel prägt unsere Lebenswelt. Digitale Arbeitsweisen und Kompetenzen werden im Alltag, im Job und in der Schule zunehmend gefordert. Angeschoben durch den „DigitalPakt Schule“ des Bundes und stark beschleunigt durch den Lock-down anlässlich der Corona-Pandemie, haben sich auch die Schulen in Deutschland auf den Weg gemacht. In Hamburg haben inzwischen 99 Prozent der staatlichen Schulen WLAN in ihren Klassen- und Unterrichtsräumen. Auch die Zahl der Computer und digitalen Endgeräte an den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen hat sich erhöht. Neben dem Ausbau der technischen Ausstattung gehören aber auch die Unterrichtsentwicklung, die Anpassung von Bildungsplänen sowie neue Inhalte in der Lehrerausbildung und -weiterbildung zur Digitalisierung der Schulen dazu. Dazu haben die Länder in ihrer KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ bereits 2016 Vereinbarungen getroffen. Darüber hinaus stellt sich die Frage, welche informatischen Grundlagen Kinder und Jugendliche ab welchem Alter benötigen, um technische und gesellschaftliche Perspektiven digitaler Technologien einschätzen und anwenden zu können. Zahlreiche Experten halten die seit Jahren fehlende Grundlagenbildung zur Informatik in den Schulen für ein entscheidendes Defizit, durch das der Fortschritt der Digitalisierung der Schulen zusätzlich gehemmt werde. „Erst in einem zeitgemäßen Informatikunterricht verstehen die Lernenden die Systeme in ihrer Lebenswelt. Er entmystifiziert Netzwerke, Datenbanken, Verschlüsselung und ebnet ihnen den Weg zum mündigen Informationsbürger. Ein systematischer Fachunterricht legt außerdem die entscheidenden Grundlagen dafür, um in verschiedenen Kontexten konstruktiv die weitere Digitalisierung zu gestalten.“ (https://pidi.informatik.uni-rostock.de/storages/uni-rostock/Alle_IEF/Inf_PI/files/Vergleich_IU_2020_2020-11-23.pdf)

In der Empfehlung der KMK „Lehren und Lernen in der digitalen Welt“ (2021) heißt es diesbezüglich: „Die Anbahnung grundlegender informatischer Kompetenzen im Rahmen bestehender Unterrichtsfächer kann z.B. durch die Einführung eines entsprechenden verpflichtenden Unterrichtsfachs an allgemeinbildenden Schulen ergänzt werden, das Themen der Informatik und Mediengesellschaft aufgreift. Dabei sind zentrale informatische Kompetenzen und Medienkompetenzen curricular sowie in Lehr-Lern-Prozessen zu verankern, um die technologische, die anwendungsbezogene sowie gesellschaftlich-kulturelle Perspektive von digitalen Phänomenen und Veränderungsprozessen zu durchdringen und verantwortlich mitzugestalten.“ (https://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2021/2021_12_09-Lehren-und-Lernen-Digi.pdf)

Eine vergleichende Untersuchung zum Informatikunterricht in Deutschland kam zu dem Ergebnis, dass es zum Untersuchungszeitpunkt nur in den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland und Sachsen verbindlichen Informatikunterricht in der Sekundarstufe I gab. In neun Bundesländern wurde Informatik ausschließlich im Wahlpflicht- und Wahlbereich angeboten. (https://pidi.informatik.uni-rostock.de/storages/uni-rostock/Alle_IEF/Inf_PI/files/Vergleich_IU_2020_2020-11-23.pdf)

Auch in Hamburg wird Informatik in der Sek I der Hamburger Gymnasien und Stadtteilschulen nur als Wahlpflichtfach angeboten, nachdem es als Pflichtfach 2013 abgeschafft wurde. Dieser Fehler sollte aus Sicht der CDU-Fraktion umgehend behoben werden. Informatik sollte in der Sek I der Hamburger weiterführenden Schulen wieder ein Pflichtfach werden mit dem Ziel, dass alle Schülerinnen und Schüler die grundlegende Funktionsweise von Informatiksystemen verstehen lernen und dadurch gleichzeitig befähigt werden, diese kritisch zu hinterfragen.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. Informatik ab dem Schuljahr 2023/2024 als Pflichtfach mit insgesamt vier Wochenstunden für die Jahrgänge 7 und 8 an den weiterführenden Schulen einzuführen;
2. eine Informatik-Weiterbildungsoffensive für Lehrerinnen und Lehrer zu entwickeln, die über die Qualifizierungskurse Informatik hinausgeht. Hierbei gezielt auf weibliche Lehrkräfte zuzugehen und Formate für sie zu entwickeln;
3. der Bürgerschaft bis zum 30. Juni 2022 zu berichten.